

Bad Hat Corner 1: Ursprünge der Krise

Ein Vortrag zum RLP-Barcamp 1/2012
von Bad Hat

Zur Einführung: eine kurze Bestandsaufnahme

Eurokrise, Finanzkrise, Bankenkrise, Schuldenkrise!

Griechenland, Griechenland, Griechenland, Griechenland, Griechenland ...

Spanien, Portugal ...

Irland, Italien ...

Frankreich ...

Deutschl-

- nein, das kann nicht sein. Wir sind doch die Guten, die Starken, wir zahlen doch für die anderen.

Stimmt doch, oder?

Für den Anfang schauen wir uns kurz, wie sich die Krise auswirkt:

- Die Gesellschaft spaltet sich in arm und reich, die Mitte blutet langsam aus und wird dünner.
- Ein Gefühl der Enge und des Zukurzkommens greift um sich, das Faustrecht kehrt zurück.
- Die politische Macht verschiebt sich von gewählten Repräsentanten zu Unternehmen.
- Rechtsextreme und Ultrationalisten marschieren in die Parlamente und Regierungen.

All das passiert nicht zufällig oder schicksalhaft. Es wurde in politischen Prozessen eingeleitet. Schauen wir nach, warum.

Kapitel 1: Die Ursprünge der Krise – wie es begann

Erinnert sich jemand an Ronald Reagan? Oder Margaret Thatcher? Der Schauspieler mit dem Atomsprengkopf und die Dame mit der gusseisernen Handtasche?

1981 beschlossen diese zwei Regierungschefs die Revolution des Weltfinanzsystems. Dass die das konnten, hängt damit zusammen, dass der US-Dollar und der US-Markt seinerzeit die Weltwirtschaft beherrschten.

Aber warum wollten die zwei die Weltwirtschaft umkrempeln?

Dazu gehen wir noch ein Stückchen zurück, ins Jahr 1944. Damals hielten die späteren Siegermächte in einem Ort namens Bretton Woods eine Konferenz ab. Sie beschlossen, die Währungen der westlichen Welt an den Dollar zu koppeln. Das war möglich, weil der Dollar auf dem Goldstandard basierte.

Das brachte ein paar Jahrzehnte der Prosperität für den Westen, unter Führung der USA. Dann leisteten sich die USA den Vietnamkrieg und damit kam die US-Wirtschaft in die Klemme. Die Amerikaner hatten plötzlich nicht mehr genug Geld, um den Krieg zu führen und zugleich ihre Wirtschaft wachsen zu lassen.

Präsident Nixon löste das Problem, indem er die lästige Kopplung des Dollars ans Gold und an die anderen Währungen aufhob. Jetzt konnte er Dollars drucken lassen.

Inzwischen sind wir im Jahr 1973, und das waren wilde Zeiten damals. Zeiten des Umbruchs: Zum ersten Mal gab es soziale Bewegungen, die weltweit auftraten. Menschenrechte wurden eingeklagt, Gleichstellung durchgesetzt, die Rechte von Schwachen und Minderheiten geschützt.

Es war die goldene Zeit der Gewerkschaften – Arbeitnehmer erwarteten zweistellige Tarifierhöhungen, und bekamen sie. Kündigungsschutz, Sozialverordnungen, 35-Stunden-Woche – alles Ergebnisse der streitbaren 70er. Die Welt rutschte nach links.

Aber Macht führt zu Machtmissbrauch. Das war in England zu sehen: Die Gewerkschaften streikten das Land praktisch in den Stillstand. Ihre Forderungen wurden so unmäßig, dass schlichtweg gar nichts mehr ging.

Die Rettung kam mit Handtasche: Maggie Thatcher gewann ihren Wahlkampf mit dem Versprechen, sie würde die Macht der Gewerkschaften brechen. Das tat sie. Und strich die Sozialausgaben zusammen, privatisierte Staatsbetriebe.

In den USA hatten die Carter-Jahre ähnlichen Stillstand gebracht. Die Situation war ein bisschen anders, das hat mit den Ölpreisschocks zu tun, mit starken Gewerkschaften, mit schwächelnder Wirtschaft, mit dem ungebundenen Dollar, der zusehends verfiel – all das führte zu Inflation.

Und da sind wir bei einem der zentralen Begriffe für diese Geschichte. Inflation – ein Schreckgespenst für die Wirtschaftskundigen. Inflation lässt die Kaufkraft schwinden, bringt Banken in Bedrängnis und frisst Ersparnisse auf. Aber was ist ein Reicher, wenn sein Reichtum aufgefressen wird? Das mag der Reiche sich gar nicht vorstellen.

Und hier haben wir den Kern unserer Krisen heute: Der Wunsch eines Kreises betuchter Personen, den eigenen Reichtum zu sichern und zu mehren.

Inflation also - was tut man dagegen? Ganz einfach: Man hält die Geldmenge knapp, vor allem aber gibt man denjenigen, die die Wirtschaft tragen, möglichst viel Freiheit. Und das sind nach dem Reagan-Thatcher-Weltbild die Unternehmen.

Also: Man fährt Staatsausgaben zurück, besonders für Soziales, statt dessen schafft man ideale Bedingungen für Unternehmen, das bringt Arbeitsplätze, davon haben dann auch die Sozialhilfeempfänger was und überhaupt, wenn einer erstmal Tellerwäscher ist, wird er auch bald Millionär und allen geht's besser.

Kommt euch das ein bisschen naiv vor? Ich hab nicht übertrieben, das war gültige Doktrin.

Ein paar kluge Leute sind auch ziemlich bald dahinter gekommen, dass da gleich mehrere Pferdefüße dran hängen. Trotzdem: 30 Jahre lang war das die Leitlinie der Politik – und das, obwohl jeder weiß, dass es schlichtweg falsch ist.

Frage also: Warum ist dieses Ideengebäude trotzdem so stabil?

Antwort, Teil 1: Man kann so schön dran glauben.

Antwort, Teil 2: Hinter diesem Glauben lassen sich knallharte Interessen durchsetzen.

Und das schauen wir uns jetzt mal genauer an.

Kapitel 2: Die Sage vom freien Markt

Achtung, eine Durchsage: „Die Märkte reagieren sensibel“ - „Die Märkte sind wie ein scheues Reh“ - „Man darf die Märkte nicht beunruhigen“. Ein Markt ist ein selbst-regulierendes System: Anbieter und Verkäufer handeln den Wert eines Produkts frei aus, und danach richtet sich der Preis. Das führt zu Wachstum und Wohlstand für alle.

Doch Vorsicht: Jeder Eingriff in den Markt verunsichert die Beteiligten. Ein Markt funktioniert nur, wenn man ihn in Ruhe lässt. Das ist alternativlos, Ende der Durchsage.

Völliger Unfug. Jeder Schulbub weiß, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Nehmen wir als Beispiel Reagans Lieblinge auf den Märkten – die Unternehmen. Denen muss man nach neoliberaler Ansicht möglichst viel Freiheit geben.

Was machen Unternehmen mit dieser Freiheit? Sie tun alles, um ihren Markt so unfrei wie möglich zu bekommen, um ihre Kontrolle über den Markt zu vergrößern, um ihn wenn es geht sogar völlig zu beherrschen. Beispiele?

Je größer das Unternehmen, desto stärker greift es nach der Alleinherrschaft. Das passiert auf zwei Wegen:

- a) über die Gesetzgebung, also möglichst enge Kontakte zu Politikern
- b) über die Rechtsprechung, also mit schierer Anwaltsmacht

Wären die Märkte wirklich frei, dann gäbe es solche Eingriffe nicht, dann gäbe es keine Lobbyisten, keine Patentkriege. Ein Angebot, das sich auf einem wirklich freien Markt durchsetzt, überzeugt durch seine Qualität, es braucht keine Gerichte und keine Gesetze, um zu bestehen.

Wir sehen: „Freiheit“ in diesem Zusammenhang bedeutet: Freiheit für Unternehmen. Es bedeutet wohlgemerkt nicht Freiheit für Menschen und absolut, definitiv nie-niemals Freiheit für Menschen ohne Geld.

„Freiheit“ im neoliberalen Kontext ist ausschließlich die Freiheit fürs Geschäft. Es bedeutet die Freiheit, Ressourcen auszubeuten (Rohstoffe, Infrastruktur, eure Arbeitskraft), es bedeutet die Fixierung auf ein einzelnes Betriebsergebnis, den Aktienkurs, es bedeutet die Befreiung von allen Konsequenzen des eigenen Handelns. Freiheit nach neoliberalen Verständnis heißt: Unternehmen dürfen machen, was sie wollen.

Jetzt ist es natürlich nicht so, dass das neoliberale Weltbild keinen Platz hätte für uns Normalmenschen. Wir haben eine ganz tolle Freiheit, und das ist die Freiheit zu kaufen. Rede-, Presse-, Versammlungsfreiheit und das ganze Gedöns – alles unwichtig. Wir haben die Freiheit, uns auszusuchen, was wir kaufen wollen.

Zusammengefasst:

Diejenigen, die am lautesten und häufigsten die Freiheit der Märkte predigen – die Spitzen der Gesellschaft – tun gleichzeitig alles dafür, diese Freiheit zu verhindern. Sie tun dies aus gutem Grund, denn bei echter Freiheit könnten sie nicht sicher sein, dass sie auch morgen noch zur Spitze der Gesellschaft zählen. Und ein Millionär lebt ungern in prekärem Reichtum.

Die Politik hat die Gesetze geschaffen, dass Millionäre nicht Angst um ihre Millionen haben müssen. Das passierte bewusst in den Achtzigern, reflexmäßig und religionsartig heute. Und damit sind wir bei dem Thema „Religion“. Der Glaube hat nämlich in diesem Zusammenhang, also Wirtschaft – Geld – Macht sehr große Bedeutung.

Kapitel 3: Die Religion der Freien Märkte

Wir müssen wieder auf die USA blicken, weil von dort noch immer die wesentlichen Entwicklungen ausgehen. Im öffentlichen Leben dort spielt Religion eine zentrale Rolle. Wir wissen: Wer sich in Amerika um ein Amt bewirbt, der muss nicht nur öffentlich seinen Glauben zelebrieren, es muss auch der richtige Glaube sein. Ohne das korrekte christliche Bekenntnis ist eine Kandidatur tot.

Inzwischen gibt es ein zweites Glaubensbekenntnis, ohne das man nichts erreicht: das Bekenntnis zum Freien Markt. Und das ist deswegen so fatal, weil es nicht nur böse ist, sondern inzwischen auch die europäische Öffentlichkeit unterwandert hat.

Wer die Freiheit der Märkte leugnet – oder auch nur zart in Frage stellt – der kann seine politische Karriere wegwerfen, auch bei uns. Wer sowas sagt, dem werden Wortkeulen wie „Sozialismus!“ übergezogen. Vor 500 Jahren hätte das Wort „Ketzerei!“ geheißen.

Nun kann man einwenden, dass es ja die Wirtschaftswissenschaft gibt. Die sorgt dafür, dass Wirtschaft ein rationales Fundament hat.

Schauen wir uns das mal an. Die Kernfrage für Wirtschaftswissenschaftler lautet: Wie beschreiben wir die enorm komplexen Zusammenhänge, die eine Volkswirtschaft ausmachen?

Um überhaupt einen Anfang zu finden, nimmt man einen Trick: die Vereinfachung. Das ist etablierte Praxis auch in anderen Fächern. Vereinfachung hilft, eine Theorie über ein komplexes System zu bilden. Man braucht sie, damit man überhaupt einen Einstieg findet.

Die klassische Wirtschaftswissenschaft nimmt also als Grundlage einen vereinfachten Menschen, den *homo oeconomicus*. Das ist ein Marktteilnehmer, der sich rational verhält und seine Entscheidung nach klarer Abwägung trifft.

An dieser Stelle befragen wir uns mal selbst: Wie entscheiden wir uns bei einem Kauf? Sind unsere Kaufentscheidungen bestimmt von irrationalen Vorlieben? Müssen wir uns unter Zeitdruck entscheiden, oder vielleicht hat uns eben jemand eingeschüchtert? Stichwort Versicherungsvertreter. Vielleicht wissen wir einfach zu wenig über die Produkte, die zur Auswahl stehen? Stichwort Handyvertrag oder Geldanlage. Und ganz häufig entscheiden uns nur für etwas, weil viele andere es kaufen.

In ganz seltenen Situationen entscheidet ein Marktteilnehmer tatsächlich rational. Aber einen *homo oeconomicus* gibt es schlichtweg nicht. Und doch ist er zentral für das Weltverständnis der klassischen Wirtschaftswissenschaft. Riesige Ideengebäude fußen auf einem Phantom.

Damit nicht genug. Die klassische Wirtschaftswissenschaft hängt sich gleich noch einen zweiten Mühlstein um den Hals. Nach der reinen Lehre ist Geld ein Mittel zur Vereinfachung von Transaktionen, mehr nicht. Die reine Lehre ignoriert den Umstand, dass das Geld selbst eine enorm treibende Kraft ist. Die reine Lehre will nicht wahrnehmen, dass es für viele Marktteilnehmer ausschließlich darum geht, möglichst viel Geld zu bekommen.

Da fragt man sich doch: Wie fehlgeleitet kann ein großer Zweig der anerkannten Wissenschaft sein? Da die Wissenschaftler nicht dumm sind – woran liegt es? Antwort: religiöse Verblendung. Sie glauben daran, also muss es wahr sein.

Erschreckend dabei, dass die Vertreter der klassischen Schule in Talkshows und Bundesministerien sitzen und die Welt erklären. Noch erschreckender, dass man ihnen glaubt.

Bevor wir dieses traurige Kapitel schließen, betrachten wir ein anderes Schlagwort, das einem immer wieder entgegengeschleudert wird, wenn man an der reinen Lehre der Freien Märkte zweifelt: „Planwirtschaft“. Da schwingt Zwang mit, totalitäre Kontrolle und Misswirtschaft, die DDR. Mit dem Schlagworten von Planwirtschaft und Sozialismus kann man begründen, warum die Freiheit der Märkte alternativlos ist – als gebe es nur das eine oder das andere Extrem.

Auch das ist schlicht Unfug. Beide Extreme sind tödlich für eine Volkswirtschaft. In Wirklichkeit geht es darum, dem Handel und vor allem der Finanzwirtschaft klare Grenzen zu setzen. Überall, wo etwas langfristig gedeihen soll, braucht man Regeln, Gegengewichte, die das Wachstum kanalisieren und aufs richtige Maß bremsen.

Kapitel 4: Kapital und Gemeinwohl

Das Vermögen der Wohlhabenden dient der Allgemeinheit. So steht es im Grundgesetz. In Artikel 14 Absatz 2 lesen wir: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Natürlich! rufen da die Neoliberalen. Genau unsere Überzeugung!

Das geht so: Wer Geld hat, legt es an. Das heißt: Er stellt es anderen zur Verfügung, die Geld brauchen, um Projekte zu finanzieren. Das bringt die Gesellschaft voran und nützt allen.

Die Armen dagegen sind völlig nutzlos. Sie haben kein Geld, also helfen sie niemandem, sondern liegen uns nur auf der Tasche.

Folgerichtig muss alle Gesetzgebung die Wohlhabenden unterstützen, denn nur sie dienen dem Allgemeinwohl. Völlig klar.

Das ist jetzt keine Satire.

In praktische Politik umgesetzt heißt das nämlich:

- keine Steuern erheben auf Vermögen und Kapitaleinnahmen, auch nicht auf Erbschaften
- den Vermögenden möglichst viel Schönes bieten, damit sie nicht ihr Geld nehmen und nach Dubai auf die Palmeninsel auswandern.

Diese simple Strategie steckt in der Politik aller etablierten Parteien. Die FDP spricht es halt am klarsten aus. Steuersenkungen! Tolles Wort, aber wenn man genau hinguckt, haben nur die was davon, die ohnehin viel haben.

Schenken wir trotzdem den Neoliberalen erstmal Glauben und akzeptieren, dass die Reichen Hilfe brauchen beim Anhäufen von mehr Reichtum. Wie geht das dann weiter, so dass im nächsten Schritt alle was davon haben?

Das kann nur passieren, wenn von dem großen Kuchen, den ein Investor haben will, ein Stück für die Öffentlichkeit abfällt. Das lässt sich über Steuern machen, oder über Löhne.

Das aber bedeutet: Der Kuchen des Investors wird kleiner. Und das mag der Investor nicht. Deshalb wird er alles daran setzen, diesen Schwund so klein wie möglich zu halten oder noch besser ganz abzustellen.

Darf der das? Er möchte es gern, aber kann er es auch? Kann der Vermögende die Stücke, die Krümel fürs Allgemeinwohl ganz abschaffen?

Um das zu beantworten, fragen wir weiter: Woher kommt ein Vermögen? In welchem Verhältnis steht ein Vermögen zur Allgemeinheit?

Ganz klar: Ein Vermögen ist aus der Allgemeinheit heraus entstanden, mit ihrer Hilfe und ihren Einrichtungen. Ohne diese Allgemeinheit wäre ein Vermögen nutzlos, denn was hilft es mir, wenn ich mit zehn Millionen Dollar auf dem Mond sitze? Ich brauche ein System, in dem ich was bekomme für meine Dollars, denn sonst sind sie nur Tinte auf Papier.

Wenn ich also eine Allgemeinheit, oder genauer: ein Staatswesen brauche, damit ich mein Vermögen überhaupt erzeugen und genießen kann – warum sollte ich keinerlei Verpflichtung haben, dem Staatswesen etwas zurück zu geben?

Genau dieser Gedanke steht hinter Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes: Und es ist an diesem Punkt, an dem wir auf den erbitterten Widerstand der Etablierten treffen werden. Das liegt daran, dass für konservatives und für neoliberales Denken jeder Steuer etwas Unsittliches anhaftet. Wenn man nämlich Steuern erhebt, nimmt man jemandem etwas von seinem Besitz weg. Das riecht immer nach Enteignung. Steuern sind nach konservativem Weltbild eine Enteignung auf Raten, weshalb man sie möglichst vermeidet.

Auch dieses Thema ist religiös durchdrungen, auch hier setzt das Denken aus: Steuern ist gleich Enteignung ist gleich Ketzerei!

Zum Schluss des Kapitels gehen wir nochmal einen Schritt zurück. Eben hatten wir gefragt: Kann ich ein Vermögen vor äußerem Zugriff schützen? Die Antwort: nein – vorausgesetzt, dass ich nicht das ganze Staatswesen zum Einsturz bringen will. Und im Moment möchte man meinen, genau das wäre im Kalkül der Vermögenden und ihrer Politiker.

Vor dem Kollaps holt man halt raus, was sich abgreifen lässt. Die Bundesregierung hat de facto kein Interesse, die Finanzkrise effektiv zu bekämpfen, sondern schüttet unter diversen Rettungsschirmen nur immer mehr Geld dorthin, wo ohnehin schon das meiste ist – übrigens Geld, das ihr nicht gehört und für dessen Vergeudung sie nicht haftet, aber dazu ein andermal mehr.

Exkurs: Das Paradox einer neoliberalen Politik

Und hier versteckt sich ein erschreckender Widersinn: Wenn nämlich die Allgemeinheit nichts von den Möglichkeiten des Reichtums abbekommen soll, dann braucht es keine Interessenvertretung der Allgemeinheit – also keine Politik. Wenn die Reichen die Welt unter sich aufteilen, sind Volksvertreter überflüssig.

Da liegt das Paradox der etablierten Politik: Sie arbeitet gezielt daran, sich selbst abzuschaffen.

Wie soll man sich das erklären?

Das ist nur dann zu verstehen, wenn sich ein Politiker einen persönlichen Vorteil davon verspricht. Wie der aussieht, kann man prima beobachten: Je hochrangiger, desto angenehmer die nächsten Posten. Wenn Herr Rösler endlich weg ist vom Fenster des Wirtschaftsministeriums, hat er für immer ausgesorgt. Und er kann es ganz offen tun.

Wirklich erschreckend ist aber, dass die Vermögenden wissen müssten, dass ihre Wilderei genau das System zerstört, von dem sie so profitieren. Wenn das Weltwirtschaftssystem und die angeschlossenen Demokratien kollabieren, dann sitzen die Reichen mit zehn Milliarden Dollar gleichsam auf dem Mond. Dann ist Reichtum wertlos, davor schützt auch die Palmeninsel nicht.

Ist das kaltschnäuzig oder nur dumm, unendlich dumm?

Kapitel 5: Wo sind all die Stadthallen hin?

Wer von euch erinnert sich noch an die Achtziger?

Das waren tolle Jahre für Normalverdiener und für Kommunen. Wieviele Bürgerhäuser, Museen, Sportanlagen, Parks, Konzerthallen hat man damals eröffnet! Man muss nur ein Foto des Frankfurter Museumsufers von 1980 neben eines von 1990 legen: neun Museen in zehn Jahren! Ein Paradies für den Normalmenschen – der übrigens nicht nur kulturellen Genuss hatte, sondern auch ein solides, reichliches Einkommen, selbst wenn er nur Facharbeiter war.

Habt ihr euch schon mal gefragt, warum das damals möglich war und heute nicht? Unser Bruttoinlandsprodukt ist ja gestiegen seither. Wo also ist der Wohlstand hin?

Tja, wohin.

Stellt euch einen Mann im Maßanzug vor, der vor 20 Jahren an sein Fenster im 27. Stock trat, runterguckte und dachte: All diese vielen Leute da unten – kein einziger von ihnen hat nur annähernd soviel wie ich. Aber wenn man das bisschen, das ein jeder da unten hat, wenn man das auf einen Haufen werfen würde, dann wäre das ein ziemlich großer Haufen. Und dann ging er ans Telefon und ließ sich mit dem Kanzleramt verbinden.

Unsere öffentlichen Haushalte haben jede Menge Geld – es fließt nur in die völlig falschen Kanäle. Eine hübsche Übung wäre, die Geldströme zu verfolgen, die seit 20 Jahren zur Finanzierung der deutschen Einheit fließen. Sehr hübsch auch mal zu untersuchen, warum die EU-Kommission es neulich ablehnte, als Griechenland seinen Militärhaushalt kürzen wollte. Ein Hinweis: Derzeit entstehen vier U-Boote der Klasse 214 für die griechische Marine in deutschen Werften. Wert des Auftrags: rund zwei Milliarden Euro. Desweiteren hat dieselbe Marine noch sechs Fregatten der FREMM-Klasse aus französischer Produktion bestellt, Wert der ersten Tranche: etwa 2,2 Milliarden Euro. Hurra Merkozy!

Die Prioritäten in der Eurokrise sind klar verteilt. Philipp Rösler bekommt auf Lebenszeit einen Dienstwagen mit Chauffeur, wir bekommen einstürzende Sporthallen, vergammelnde Schulen, zerlöchernte Straßen.

Wir sollten auch nicht allzu stolz sein auf unsere Exportmeisterschaft. Sie ist in den letzten zwölf Jahren entstanden, während der die Arbeitnehmer auf Lohnerhöhung verzichteten und nicht einmal Inflationsausgleich bekamen. Deutsche Arbeit ist billig, auch wenn manch einer das Gegenteil predigt. Fragt euren freundlichen Hermes-Kurier, den Bofrost-Mann, euren Nachbar, der am Fließband steht und demnächst aufstocken muss, fragt den türkischen Immigranten im Sozialbau, der seit zehn Jahren Leiharbeiter ist.

Gute Produkte billig hergestellt, das fanden unsere Exportmärkte prima, und die saßen zu großen Teilen im Süden der EU. Dort hat man nämlich reichlich Kredite aufgenommen, weil die Zinsen so günstig waren – übrigens Kredite von privaten Banken, die durch die neoliberale Politik so groß werden, dass sie nicht mehr wissen, wohin mit ihrem Geld. Seit Banken ganze Staaten finanzieren können, sind sie *too big to fail*. Im Süden der EU boomten also kreditfinanziert die Löhne und Gehälter, weshalb deutsche Waren prima Absatz fanden.

Damit fließt das Vermögen, das deutsche Lohnempfänger erarbeitet haben, zurück nach Deutschland – und wer hat nichts davon?

Die Unternehmen schicken derweil ihre Lobbyisten ins Kanzleramt und sorgen dafür, dass der Geldstrom auch in der Krise nicht abreißt. Und so sind wir zu unseren Rettungsschirmen gekommen.

Schwimmbäder, Straßen, Kulturhäuser kosten viel Geld, und das muss die öffentliche Hand aufbringen. Wenn die aber mit Steuersenkungen dafür sorgen will, dass deutsche Unternehmen im Land bleiben, dann holt man die Einnahmen dort, wo der geringste Widerstand kommt: bei

Normalverdienern und bei Kommunen – die trommeln einem MdB jedenfalls nicht an die Tür, wenn ihnen ein Gesetzentwurf noch mehr Kosten aufpackt.

Und so ist die Antwort auf die Frage über diesem Kapitel: Was früher einmal eine Stadthalle oder ein Museum war, ist heute die Dividende von Aktionären – und ganz nebenbei auch Managergehalt.

Ende der Sendung: Das Ende der Krise

Der Spruch „Wir sind die Mitte“, mit dem die etablierten Parteien in Wahlkämpfe ziehen, ist kalter, zynischer Hohn angesichts der Politik, die sie betreiben. Wenn wir die so weitermachen lassen, ist in der Mitte nur ein ganz bestimmter Kreis zu finden: der Front National, die FPÖ, Geert Wilders, Thilo Sarrazin, die NPD mit ihren Kameradschaften.

Eine Gesellschaft braucht zwei Faktoren, damit sie stabil bleibt:

- a) geringe Unterschiede zwischen den Ärmsten und den Reichsten
- b) ein gedeihliches Klima für Initiativen aller Art – auch für Unternehmen – zusammen mit klaren Grenzen, die strikt eingehalten werden

So betrachtet, treibt die etablierte Politik unsere Gesellschaft auf die Spaltung zu. Das zeigt sich an den rechtsradikalen Kräften, die immer tiefer ins öffentliche Leben vordringen.

Fassen wir nochmal zusammen, was wir eben gesehen haben:

- 1973 kündigten die USA das Abkommen von Bretton Woods und den Goldstandard auf, um den Dollar zu stabilisieren. Damit waren Finanzspekulationen in enormem Volumen möglich, private Banken konnten komplette Staaten finanzieren, das heißt in Geiselschaft nehmen, was derzeit zum ersten Mal mit einem EU-Staat passiert.
- Mit Ronald Reagan kam die neoliberale Ideologie der Freien Märkte auf.
- Die gepredigte Freiheit der Märkte wird von ihren lautesten Predigern am wenigsten praktiziert.
- Zugleich ist die Sage der Freien Märkte zu einem religiösen Bekenntnis aufgestiegen.
- Steuern sind anrüchig, weil sie als Enteignung auf Raten gelten.
- Der wirkliche Zweck der neoliberalen Ideologie ist die Verschiebung von Vermögen nach oben.
- Zugleich verschiebt neoliberale Politik die Belastungen nach unten.
- Die Eurokrise ist ein Instrument, diese Verschiebungen auch dann weiterzuführen, wenn der Kollaps ganzer Staaten bevorsteht.
- Die etablierte Politik betreibt seit etwa 20 Jahren aktiv ihre Selbstabschaffung.

Was also wäre notwendig, um umzusteuern, um die Krise endlich zu beenden?

Das ist verblüffend einfach. Ein sehr gutes Gegenmittel: alle Kapitalerträge progressiv zu besteuern, inklusive Erbschaften. Ein zweites: die Finanzmarkt-Transaktionssteuer.

Diese einfachen Eingriffe lenken Investitionen in eine gedeihliche Richtung. Unternehmen würden nicht mehr Dividenden und Boni an die Reichen ausschütten, sondern tatsächlich in Erneuerung und Bildung investieren, in ihre Belegschaft. Davon hätte die Allgemeinheit wirklich was.

Mit den richtigen Steuern lässt sich der Geldfluss in Unternehmen und in reichen Familien von Einzelpersonen zurück auf die Gemeinschaft lenken. Mit einigen wenigen Gesetzen könnten wir erreichen, dass Vermögen so fließen, dass sie der Allgemeinheit nutzen, im Sinne des Grundgesetzes: Städte und Gemeinden würden wieder prosperieren, Kunst und Kultur würden wachsen, Einkommen besonders im mittleren und unteren Bereich könnten wieder steigen und vor allem deutlich über dem Aufstocksatz liegen.

So hatten wir's mal, so können wir es wieder bekommen. Wir müssen uns allerdings ein bisschen beeilen. Bei ihrem derzeitigen Verbrauch kostet die Kanzlerin unser Land täglich rund eine Milliarde Euro.

Zu den Quellen:

Was ich hier erzählt habe, kommt nicht davon, dass sich mein Hirn unter dem Hut überhitzt hat. Es gibt zum Glück Experten, die nicht der religiösen Verblendung anheimgefallen sind, darunter besonders der US-Professor James Kenneth Galbraith und Julian Nida-Rümelin, Professor in München.

Literaturempfehlungen:

James K. Galbraith: *Der geplünderte Staat: oder was gegen den freien Markt spricht*
Historische Perspektive, stark auf die USA konzentriert

Julian Nida-Rümelin: *Die Optimierungsfalle: Philosophie einer humanen Ökonomie*
Zukunftsorientiert und eher europäisch

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Links zum Vortrag:

Frankfurter Museumsufer: <http://de.wikipedia.org/wiki/Museumsufer>

Bretton Woods: http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System#Der_Zusammenbruch_1973

Neoliberalismus (im hier verwendeten Sinn):

http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Neuere_Begriffsverwendungen